

A3NEU Finanzkriminalität endlich einen Riegel vorschieben: Wirecard-Skandal auch in Bayern konsequent aufklären

Gremium: Digitaler Parteitag (LDK)

Beschlussdatum: 14.11.2020

1 Es ist einer der größten Finanzskandale in der Geschichte der Bundesrepublik:
2 Der ehemalige DAX-Konzern Wirecard mit Hauptsitz im oberbayerischen Aschheim bei
3 München hat mutmaßlich über Jahre seine Bilanzen gefälscht und Geldwäsche in
4 großem Stil betrieben. Angebliche Bankguthaben des Konzerns auf den Philippinen
5 in Höhe von 1,9 Mrd. Euro – fast ein Drittel der Bilanzsumme – existieren nicht.
6 Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachtes auf Betrug, Untreue,
7 Bilanzfälschung, Marktmanipulation und Geldwäsche. Das Unternehmen hat Insolvenz
8 angemeldet und kostet damit auch Tausenden Beschäftigten ihren Arbeitsplatz. Der
9 Schaden ist immens, nicht nur für den Finanzplatz Deutschland, sondern auch für
10 die Investor*innen, darunter viele Kleinanleger*innen, die mehrere Milliarden
11 Euro verloren haben. Dabei gab es spätestens seit 2015 klare Hinweise auf die
12 kriminellen Machenschaften der Wirecard AG. Die zuständigen staatlichen
13 Aufsichtsbehörden von Bund und Bayern haben allen Zeichen zum Trotz nicht
14 eingegriffen, auch die zuständigen Wirtschaftsprüfer*innen sind ihrer Pflicht
15 offenbar äußerst mangelhaft nachgegangen. Und auch die Deutsche Börse ist ihrer
16 Aufsichtspflicht nicht ausreichend nachgekommen : sie ließ Aktien einer Firma
17 handeln, deren Bilanzen gefälscht waren und die gegen die zum Schutze besonders
18 von Kleinanleger*innen geltenden Transparenzregeln verstieß^[1]. Die Aktien vom
19 Markt genommen oder das Versäumnis publik gemacht hat die Deutsche Börse
20 unerklärlicherweise aber nicht.

21 Die zwei Sondersitzungen des Finanzausschusses des Bundestags in der
22 parlamentarischen Sommerpause lassen grobe Zweifel am Aufklärungswillen der
23 Bundesregierung und haben deutlich gemacht: Die Bundesregierung erkennt ihre
24 Verantwortung in dem Skandal nicht an. Deswegen haben wir Grüne auf Bundesebene
25 gemeinsam mit FDP und Linken einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss
26 eingesetzt, der seine Arbeit bereits [im Herbst] aufgenommen hat. Er soll
27 klären, an welchen Stellen die staatlichen Aufsichtsbehörden und die
28 Wirtschaftsprüfung versagt haben, und welche Rolle Lobbyismus und
29 geheimdienstliche Interessen gespielt haben. Neben der Sachaufklärung soll er
30 weiteren Reformbedarf offenlegen. Klar ist schon jetzt: Eine Reform der
31 deutschen Finanzaufsicht und der Wirtschaftsprüfungspraxis ist längst
32 überfällig.

33 Auch in Bayern übernimmt die Söder-Regierung trotz deutlicher Verfehlungen keine
34 Verantwortung. Dabei ist die Rolle der bayerischen Staatsregierung, der
35 bayerischen Behörden und einiger CSU-Politiker*innen höchst
36 aufklärungsbedürftig. Denn der Wirecard-Skandal offenbart nicht nur die
37 Wegschau-Mentalität der Söder-Regierung besonders im Bereich der Finanz- und
38 Wirtschaftskriminalität und den verantwortungslosen Umgang mit der
39 Geldwäscheaufsicht über Wirecard. Er zeigt auch ein äußerst bedenkliches
40 Lobbyismusverständnis sowohl von ehemaligen CSU-Staatsminister*innen und CSU-
41 Staatssekretär*innen als auch der bayerischen Staatsregierung und des
42 Bundeskanzleramts.

43 Wir sorgen dafür, dass die Söder-Regierung endlich ihren Teil der Verantwortung
44 für den Wirecard-Skandal übernimmt und ihre Rolle in dem Skandal lückenlos und
45 mit höchster Transparenz aufarbeitet! Die Regierung hat bei seinem ehemaligen
46 Vorzeige-FinTec-Unternehmen mindestens ein Auge zugedrückt. Das muss
47 Konsequenzen haben. Zudem wollen wir, dass die bayerische Staatsregierung die
48 Lehren aus dem Wirecard-Skandal zieht und Bayern seinen Ruf als ein
49 Schlaraffenland für Wirtschaftskriminelle endlich und ein für alle Mal loswird!

50 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Bayern fordern:

51 **1. Lückenlose und transparente Aufklärung des Wirecard-Skandals und allen**
52 **Verbindungen der Staatsregierung zum Konzern!**

53 **2. Massive Aufstockung des Personals in der Justiz, besonders bei der**
54 **Schwerpunkt-Bearbeitung Finanzkriminalität, um die umfassende Aufklärung zu**
55 **ermöglichen!**

56 Obwohl seit 2010 regelmäßig Strafanzeigen gegen Wirecard wegen des Verdachts auf
57 Geldwäsche, Betrug und Untreue eingingen und es darüber hinaus auch
58 Verdachtsmeldungen über die Bundes-Finanzkriminalitätseinheit FIU an bayerische
59 Behörden zu Wirecard gab, sind die Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft
60 versandet. Es kam bisher weder zu einer Hauptverhandlung noch zu einem Urteil.
61 Stattdessen hat man Verfahren gegen Journalist*innen eröffnet, die dem
62 Riesenbetrug von Wirecard auf die Spur gekommen waren. Die bayerische Justiz
63 muss nun dringend und umfassend jeden Verdacht ausräumen, den Strafanzeigen
64 nicht ausreichend nachgegangen zu sein. Dafür werden wir die Justiz mit deutlich
65 mehr Personal und finanziellen Mitteln ausstatten.

66 **3. Kurzfristig mehr Ressourcen für die Geldwäsche-Aufsicht im Freistaat**
67 **einsetzen und mittelfristiges Hinwirken auf der Überführung der Geldwäsche-**
68 **Aufsicht in die Bundeszuständigkeit!**

69 Das zuständige bayerische Innenministerium hat die Vorwürfe gegen Wirecard
70

71 durchweg ignoriert und sich über Jahre nicht mit der Frage beschäftigt, ob die
72 Bezirksregierung Niederbayern als ihre Behörde für die Aufsicht über die
73 Wirecard AG zuständig ist – trotz den regelmäßigen Ermittlungen und Vorwürfen
74 wegen des Verdachts auf Geldwäsche. Obwohl die Frage der Zuständigkeit vom
75 prüfenden Wirtschaftsprüfungsunternehmen schon Anfang 2020 aufgebracht worden
76 war, schaltete sich das bayerische Innenministerium erst im Juni 2020 ein. Die
77 einzige Amtshandlung des bayerischen Innenministeriums bestand aber darin, die
78 Verantwortung für den Fall abzuschieben. Denn das bayerische Innenministerium
79 sprach der Bezirksregierung Niederbayern ausgerechnet am 25. Juni 2020 – der
80 Tag, an dem Wirecard Insolvenz angemeldet hatte – in einer ad-hoc-Entscheidung
81 entgegen deren monatelanger Überzeugung die Zuständigkeit als
82 Geldwäschepräventionsbehörde für die Wirecard AG ab. Von Aufklärungswillen oder
83 aktiver Problembekämpfung: keine Spur! Die Regierung Söder wollte offensichtlich
84 nur den Skandal-Sumpf weitestmöglich von sich fernhalten. Die Folge: Eine
85 Geldwäschaufsicht für das Gesamtunternehmen Wirecard AG existierte zu keiner
Zeit.

86 Es ist kein Geheimnis, dass Bayern als Steuer- und Unternehmensparadies in
87 Deutschland gilt. Denn die bayerische Staatsregierung hat die zuständigen
88 Landesbehörden bei der Geldwäschaufsicht jahrelang und strukturell
89 vernachlässigt und sträflich schlecht ausgestattet – personell und technisch.
90 Die Überforderung der bayerischen Behörden mit der Geldwäschaufsicht überrascht
91 also nicht, die Ignoranz der Söder-Regierung bei Finanz- und
92 Wirtschaftskriminalität hingegen schockiert. Bei gerade mal 13,3 Personalstellen
93 für die gesamte Geldwäscheprävention im bayerischen Nichtbankensektor ist die
94 funktionierende Aufsicht für global handelnde Konzerne nicht möglich und öffnet
95 Tür und Tor für kriminelle Machenschaften mit volkswirtschaftlichen Schäden in
96 Milliarden-Höhe! Nur aus diesem Grund war es möglich, dass ein DAX 30-Konzern in
97 Bayern, dessen Bilanzsumme im Milliarden-Bereich lag und mit dem man sich im
98 Rahmen staatlicher Sponsoring-Verträge der Öffentlichkeit präsentierte und der
99 für Milliarden Euros an Transaktionen zuständig war, die dazu noch aus
100 Hochrisiko-Geldwäscherbereichen wie Glücksspiel kamen, keiner einzigen Geldwäsche-
101 Prüfung unterzogen wurde! Die GRÜNEN fordern als Konsequenz aus dem Wirecard-
102 Skandal eine Umstrukturierung der Geldwäschaufsicht in Bayern. Die zuständigen
103 Landesbehörden müssen endlich eine schlagkräftige Einheit werden, die ihren
104 Aufgaben mit vollem Engagement nachgehen können. Die Geldwäschaufsicht muss
105 finanziell besser ausgestattet und das Personal deutlich aufgestockt werden. Für
106 eine effektive Geldwäscheprävention führt kein Weg an einer vereinheitlichten
107 Aufsicht vorbei. Mittelfristig wollen wir sie deshalb in die Bundeszuständigkeit
108 überführen, wie es in der Vergangenheit bereits diskutiert und von den Ländern
109 vorgeschlagen wurde.

110 **4. Einführung eines Lobbyregisters im Bayerischen Landtag und Einsatz im** 111 **Bundesrat für ein Lobbyregister im Bundestag!**

112 Allen voran Karl-Theodor zu Guttenberg und Klaus-Dieter Fritsche haben ihre

113 Lobbytätigkeiten auf äußerst dilettantische Weise betrieben und offenbar ihre
114 alten Kontakte im Kanzleramt genutzt, um Wirecard Gesprächstermine zu
115 verschaffen. Offensichtlich auch in Bayern mit Erfolg. Brisant ist dabei nicht
116 nur, dass ausgerechnet Fritsche als ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung
117 für die Nachrichtendienste und Berater des damaligen österreichischen
118 Innenministers Herbert Kickl von der rechtspopulistischen FPÖ erfolgreich für
119 Wirecard lobbyierte. Pikant ist auch, dass das Kanzleramt Anfang September 2019,
120 also unmittelbar nach dem Einsatz des CSU-Politikers Karl-Theodor zu Guttenberg
121 für das Unternehmen, fleißig in China für Wirecard geworben hatte – obwohl im
122 Bundesfinanzministerium bereits seit Februar 2019 bekannt war, dass die
123 Finanzaufsichtsbehörde Bafin dem Verdacht auf Marktmanipulation bei Wirecard
124 nachgeht.

125 Der Skandal um Wirecard beweist ein weiteres Mal: Lobbyismus darf sich nicht im
126 Verborgenen abspielen. Deswegen fordern die Bayerischen GRÜNEN nicht nur mit
127 großem Nachdruck, dass die bayerische Staatsregierung alle Kontakte,
128 Kooperationen und Verbindungen mit dem Unternehmen offenlegt. Wir werden auch
129 dafür sorgen, dass sowohl in Bayern als auch auf Bundesebene endlich
130 Lobbyregister eingeführt werden. Politisches Handeln und Entscheidungen müssen
131 transparent sein. Einflussnahme und Korruption können wir nur dann verhindern,
132 wenn für uns alle einsehbar ist, welche Lobbyist*innen wann und welche
133 Regierungsvertreter*innen und Abgeordnete aufsuchen und mit wessen Auftrag sie
134 welche Ziele verfolgen.

135 [\[1\]](#) Wirecard legte seinen Jahresbericht zu spät vor.